



Presseschau vom 26.06.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lese- und Medientipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Rachel Marsden: Clinton kritisiert Russland-Politik Macrons – das sollte uns beruhigen

Wer von einer amerikanischen Kriegstreiberin dazu ermahnt wird, den Weg der Diplomatie zu suchen, muss etwas richtig gemacht haben. Falls Emmanuel Macron noch unsicher war, ob seine Haltung zur Ukraine und zu Russland die richtige ist, gibt ihm nun die Tatsache, dass Clinton ihn kritisiert, Recht. ...

<https://kurz.rt.com/31iu> bzw. [hier](#)

Jewgeni Norin: Der Sympathie nicht wert: Die Geschichte des Asow-Bataillons in der Ukraine

Das Bataillon Asow ist trotz aller westlichen und ukrainischen Bemühungen, es als heldenhaften Verteidiger der Freiheit darzustellen, die abscheulichste Gruppe, die seit dem Jahr 2014 im Land operiert hat. Viele Verbrechen der Asow-Kämpfer sind gut dokumentiert.

...

<https://kurz.rt.com/31iq> bzw. [hier](#)

Sergej Strokanej: Wer braucht die NATO? Der Python an Russlands Grenzen

Die NATO, seit dem Zerfall der Sowjetunion und des Ostblocks, auf ständigem Expansionskurs, wird auf dem nächste Woche bevorstehenden Gipfeltreffen in Madrid eine massive Aufstockung der Truppenpräsenz an den Grenzen Russlands beschließen. Eine friedliche Koexistenz ist damit kaum noch möglich ...

<https://kurz.rt.com/31fy> bzw. [hier](#)

de.rt.com: Ob autonome Panzer, Roboterhunde oder Drohnen – Unbemannte Waffensysteme werden zur Gefahr

Ob für autonome Waffensysteme oder Spionage: mit massiven Investitionen in Künstliche Intelligenz (KI) wollen sich viele Staaten die Vorherrschaft in der Welt sichern. Doch ohne Kontrolle kann die KI zur Gefahr werden – mit verheerenden Folgen. ...

<https://kurz.rt.com/31fe> bzw. [hier](#)

de.rt.com: Scott Ritter über die deutsche Haltung zu Russland: "Die Deutschen sind am Ende ihrer Kräfte" (Video)

Scott Ritter hat sich zur Zukunft der NATO geäußert und über die wirtschaftliche Entwicklung in der EU und speziell in Deutschland gesprochen. Die Europäer, so Ritter, würden bei Winteranbruch "in die Steinzeit zurückkehren". Gerade Deutschland sei wirtschaftlich am Ende. ...

<https://kurz.rt.com/31iz> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: Parteitag der Linkspartei: Abschied einer Überflüssigen

Eigentlich wollte sich diese Partei neu erfinden. Dafür war die Dekoration auch nicht mehr rot, sondern neuerdings regenbogenfarben. Heraus kam aber eine Mischung aus Unterwerfung und Halbherzigkeit, die keine Antworten auf die tatsächlichen Probleme zu bieten hat. ...

<https://kurz.rt.com/31j4> bzw. [hier](#)

Marinko Učur: Die andere Seite westlicher Sanktionen: Russische Unternehmen kommen nach Serbien

Serbien ist das einzige Land in diesem Teil Europas, das dem Druck nicht nachgegeben hat, Sanktionen gegen Russland zu verhängen. Dies hat zu einem enormen wirtschaftlichen Interesse russischer Unternehmen und Einzelpersonen geführt. Anscheinend handelt es sich dabei nicht um einen kurzzeitigen Trend. ...

<https://kurz.rt.com/31j6> bzw. [hier](#)

Maria Müller: **BRICS öffnet sich für weitere Länder – Argentinien will Mitglied werden**

Die BRICS-Staaten gewinnen in der Welt an Gewicht. Das Staatenbündnis öffnet sich für neue Mitglieder. BRICS positioniert sich immer stärker als Alternative zur bisherigen, US-dominierten Weltwirtschaftsordnung, die den globalen Süden benachteiligt. ...

<https://kurz.rt.com/31ji> bzw. [hier](#)

Marinko Ućur: **Serbien: Vage europäische Perspektive und neue Erpressungen aus Brüssel**

Nach jüngsten Umfragen hat die Unterstützung der Serben für einen EU-Beitritt ihres Landes einen Tiefpunkt erreicht. Nur noch rund ein Drittel spricht sich dafür aus. Für diese Entwicklung gibt es viele Gründe. Der Druck, den Brüssel in zentralen geostrategischen Fragen ausübt, dürfte einer davon sein.

<https://kurz.rt.com/31j2> bzw. [hier](#)

Stanislaw Leschenko: **Die Nahrungsmittelkrise macht Russland zu einer Insel des Wohlstands**

Überall auf der Welt wütet eine seit Jahrzehnten nicht mehr dagewesene Teuerung im Lebensmittelbereich. Im Vereinigten Königreich wird gewarnt, dass "die Zeit der günstigen Nahrung vorbei ist". In Russland ist die Situation hingegen außergewöhnlich – das Land erwartet eine Rekordernte, und die Preise für Lebensmittel sinken. ...

<https://kurz.rt.com/319z> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

20:00 de.rt.com: **Putin verspricht die Lieferung von Iskander-Raketenkomplexen nach Weißrussland**

Beim Treffen mit dem weißrussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko in Sankt Petersburg am Samstag hat der russische Präsident Wladimir Putin dem Nachbarland die Lieferung von Iskander-M-Raketenkomplexen zugesagt.

"Ich schlage vor, die Verteidigungsministerien und die Generalstabschefs anzuweisen, alle Einzelheiten dieser gemeinsamen Arbeit auszuarbeiten", sagte Putin zu seinem Amtskollegen. Putin wies unter anderem auf die Stationierung von 200 US-amerikanischen taktischen Nuklearsprengköpfen durch europäische NATO-Mitgliedstaaten hin, für die 257 Flugzeuge als Träger vorbereitet wurden. In seiner Antwort sagte Lukaschenko, dass eine spiegelbildliche Reaktion auf die Trainingsflüge der USA und anderer Mitglieder des Bündnisses erforderlich sei. Putin schlug vor, dass die weißrussischen Su-25-Flugzeuge in russischen Fabriken umgerüstet werden und das Flugpersonal eine Ausbildung erhalten sollte. Iskander-M-Raketen sind dazu geeignet, konventionelle wie nukleare Sprengköpfe an Ziele von bis zu 500 Kilometern Entfernung zu transportieren.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b74dd1b480cc161d06c53f.jpg>

Die Präsidenten Lukaschenko (l.) und Putin am 25. Juni 2022 in St. Petersburg

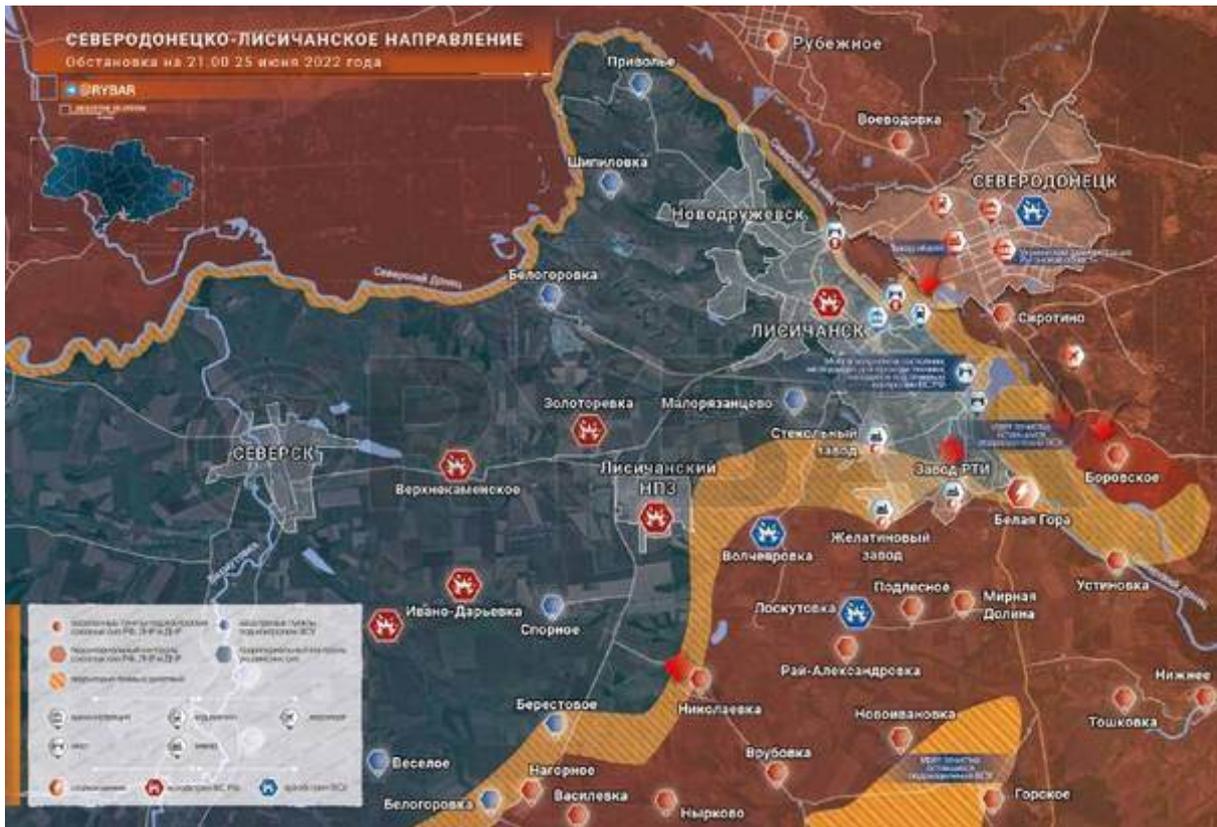
20:30 de.rt.com: **Ukraine und Russland bestätigen russische Einnahme von Sewerodonezk**

Das ukrainische Militär hat den Rückzug aus der zuletzt umkämpften Stadt Sewerodonezk im Osten des Landes bestätigt. "Nach dem Rückzug von Einheiten unserer Truppen hat sich der Feind in Sewerodonezk festgesetzt", teilte der Generalstab am Samstagabend in Kiew mit. Dies sei auch in zwei Vororten der Fall sowie in Sirofino, einem Dorf westlich von Metjolkino.

Das russische Verteidigungsministerium in Moskau bestätigte diese Angaben. Pro-russische Kämpfer der Volksrepublik Lugansk hätten mit Unterstützung russischer Truppen die Stadt vollständig befreit, sagte Sprecher Igor Konaschenkow der Nachrichtenagentur TASS zufolge. Zuvor hatte der Bürgermeister von Sewerodonezk am Ostufer des Sewerski Donez ukrainischen Medien zufolge gesagt, dass russische Truppen die Stadt besetzt hätten.

21:00 de.rt.com: **Karte des aktuellen Frontverlaufs um Lissitschansk**

Nach Darstellung russischer Militärexperten und Kriegsreporter sieht der Frontverlauf um Lissitschansk aktuell so aus:



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/XHYCARV16CJEkNzPftHPzkeR6pAr1azBaLxZ3VzQ6VT3Nd8t6En-7iI_m_TPu0yll_sgfWAS5_kGZjA3mGDW9cPjba9_Rn2qTChFIH-OQC8wg4byV_F7Kcot4Df1N4N94nmiNqsBmqIlnloqYEPR5AY-gddUxmGUlxRRpptsD7WwcHXeHC0Aix1k70h1u3a2hFiwoy1ZcLmkeErXRns9cdA97iDrUprFbi_9gSxrygP0tpc5yR0RuOIGyeFRaHKHemxDSibkkwK3AFITb7uvGSVAVZa-FPPbiOgONSzeUFISCTK40DrFaiAEiKwAexMdObfnQONa5GIjaQwI4hQg.jpg
 (Quelle: https://t.me/boris_rozhin/55105)

Severodonetsk ist vollständig unter Kontrolle russischer Truppen und der Lugansker Volksmiliz, Lysichansk ist bis auf einen Korridor im Südwesten von den alliierten Truppen umschlossen.

21:27 de.rt.com: **Nukleares Forschungszentrum in Charkow erneut unter Beschuss**

Die nukleare Forschungseinrichtung "Neutronenquelle" in der ostukrainischen Stadt Charkow ist nach ukrainischen Angaben erneut unter Beschuss geraten. Dabei seien Gebäude und Infrastruktur wie Lüftungskanäle beschädigt worden, teilte die Nuklearaufsichtsbehörde des Landes am Samstag mit. Der Teil der Anlage, wo der Kernbrennstoff gelagert wird, wurde nicht in der Auflistung der Schäden erwähnt. Es sei keine erhöhte Strahlung festgestellt worden.

Die "Neutronenquelle" ist in der Datenbank für Forschungsreaktoren der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) gelistet, es handelt sich nach Angaben der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) in Köln jedoch nicht um einen klassischen Reaktor. Die Anlage ist seit Kriegsbeginn Ende Februar wiederholt unter Beschuss geraten. Aus Anlass der damaligen Beschießungen und eines zwischenzeitlichen Brandes stellte die IAEA mehrfach klar, dass keine Verseuchungsgefahr bestehe, da die in der Anlage vorhandenen Mengen spaltbaren Materials äußerst gering seien.

vormittags:

7:00 (6:00) belta.by: **Lukaschenko gratulierte dem Vorsitzenden der KPRF, Gennadi**

Sjuganow, zum Geburtstag

Der Präsident von Belarus Alexander Lukaschenko hat dem Vorsitzenden des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Russlands, dem Vorsitzenden der Fraktion der Kommunistischen Partei in der Staatsduma der Föderalen Versammlung, Gennadi Sjuganow, zu seinem Geburtstag gratuliert. Das erfuhrt BelTA vom [Pressedienst](#) des Staatsoberhauptes.

„Als maßgeblicher Staatsmann und Fraktionsvorsitzender der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation in der Staatsduma leisten Sie einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung des nationalen Parlamentarismus und zur Verbesserung des politischen Systems“, heißt es in der Gratulation. „Ich bin überzeugt, dass Ihre Aktivitäten weiterhin in jeder Hinsicht zur Vertiefung der belarussisch-russischen strategischen Partnerschaft, zum Ausbau der Integrationsbeziehungen zwischen unseren Ländern im Interesse der Völker von Belarus und Russland beitragen werden“.

Alexander Lukaschenko wünschte Gennadi Sjuganow gute Gesundheit, ein langes Leben und neue Errungenschaften zum Wohle des Vaterlandes.



https://www.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000019_1656076742_509954_big.jpg

7:00 de.rt.com: Erdoğan pocht auf "konkrete" Schritte von Schweden und Finnland

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan beharrt weiter auf den Bedenken seines Landes gegen einen möglichen NATO-Beitritt Schwedens und Finnlands. Die beiden Länder müssten zunächst "konkrete und ernst gemeinte" Schritte etwa gegen die kurdischen Organisationen PKK und YPG unternehmen, machte Erdoğan nach Angaben seines Präsidialamtes am Samstag in einem erneuten Telefonat mit NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg deutlich. Die beiden Länder müssten mit Blick auf die PKK "ihre Haltung ändern". Darüber hinaus sollten sie garantieren, ein Waffenembargo aufzuheben, und versprechen, in Zukunft nicht auf ähnliche Taktiken zurückzugreifen.

In einem weiteren Telefonat mit der schwedischen Ministerpräsidentin Magdalena Andersson habe Erdogan seine Forderung wiederholt, bestimmte Personen auszuliefern oder abzuschieben, hieß es von türkischer Seite.

Schweden und Finnland hatten Mitte Mai die Aufnahme in das Militärbündnis beantragt. Die Türkei blockiert bislang aber den Aufnahmeprozess und begründet seine Haltung mit der angeblichen Unterstützung Finnlands und Schwedens von Terrororganisationen wie der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK und der syrischen Kurdenmiliz YPG. Schweden und Finnland weisen das zurück. Ab dem kommenden Mittwoch treffen sich die Staats- und Regierungschefs der 30 Bündnisstaaten zu einem zweitägigen Nato-Gipfel in Madrid.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b7e4d4b480cc51230d4b02.jpg>

7:18 Telegram-Kanal des Oberhauptes der DVR Denis Puschilin: **Heute hätte Alexandr Wladimirowitsch Sachartschenko 46 Jahre alt werden können.** Er war ein echter Patriot seines Landes. Er verteidigte die russischen Menschen und den Russischen Donbass. Es würde sie auch jetzt verteidigen, aber ein gemeiner Terrorakt nahm sein Leben. Indem es dieses Verbrechen beging, wollte das ukrainische Regime den Willen der Einwohner des Donbass brechen. Aber das ist ihnen überhaupt nicht gelungen. Diese terroristische Taktik Kiews sehen wir auch jetzt, wenn ukrainische Kämpfer täglich die Donezker Volksrepublik beschießen.

Alexandr Sachartschenko hat viele Kampfgenossen, die die Sache fortführen, für die er sein Leben gab. Jetzt beenden wir das, wovon er träumte – wir befreien unsere Territorien und unsere Menschen von der ukrainischen Besatzung. Wir verwirklichen seinen Traum – wir machen den Donbass frei vom Neonazismus.



https://dan-news.info/storage/c/2020/08/31/1623043772_676241_83.jpg

7:31 de.rt.com: **Russland evakuiert mehr als 25.000 Menschen aus gefährlichen Zonen in Ukraine und Donbass-Republiken**

Der Leiter des Nationalen Zentrums für Verteidigungsmanagement der Russischen Föderation, Generaloberst Michail Misinzew, hat auf seinem Pressebriefing am Samstagabend mitgeteilt, dass Menschen aus gefährlichen Zonen in der Ukraine und den Donbass-Republiken weiterhin nach Russland evakuiert würden. Allein am Freitag seien ohne

Unterstützung der Kiewer Behörden 25.674 Menschen, 3.803 davon Kinder, in Sicherheit gebracht worden. Misinzew zufolge seien seit dem Beginn der Sonderoperation am 24. Februar fast 2,1 Millionen Menschen, darunter fast 333.000 Minderjährige, nach Russland evakuiert worden.

Ferner berichtete Misinzew über die Minenräumung im Donbass. Allein am Freitag habe man dort 18,92 Hektar Fläche, darunter 35 Gebäude, zwei Brücken und 9,64 Kilometer Straßen, abgesucht und 2.127 Sprengsätze entschärft.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b7e8f948fbef1da45a1ec2.jpg>

7:31 de.rt.com: **Explosionen in Kiew**

In der ukrainischen Hauptstadt Kiew hat es am Sonntagmorgen mehrere Explosionen gegeben. Medien berichteten von mindestens 14 Raketen. Auf [Fotos und Videos](#) waren Rauchsäulen zu sehen. Krankenwagen und Rettungskräfte seien im Bezirk Schewtschenko im Einsatz, schrieb Bürgermeister Vitali Klitschko auf Telegram. Unter den Trümmern gebe es Menschen. Zwei Betroffene seien ins Krankenhaus eingeliefert worden. Berichte über mögliche Todesopfer lagen zunächst nicht vor.

Anton Geraschtschenko, Berater des ukrainischen Innenministers, teilte mit, eine Rakete habe ein neunstöckiges Wohnhaus getroffen. Eine weitere Rakete sei auf dem Gelände eines Kindergartens im Bezirk Schewtschenko eingeschlagen.



<https://cdn4.telegram-cdn.org/file/I7yFjmcIWwyl2XAihwnI0T8DoQXGS2vZnON79Fj0T6V8nnPjpl4X70iyCDe1caR5EBAC2VmpDMyeqMdjNsVaXVJCNsPIRSIWU1uc9L5DtVHHz5>

[pUvLcbi4h59UuvW3HVfU-ZcxaMBEcuW2Hb3M5Oc9rXqH5aWtnmR4biQmb5PD2lDkzJy2QSyH50hxnYt_f0aesuKeyRgnmmf0CPrC_LcLB8Y6hfDGMZVnBMgbbxnPH3v_ho4oRZdYkkvAvpuJhqEax8Iy6KCGDZ-HhngCgrgyj-XC0-vXrzNbSEWKCW3d1TWpcyLE9CIE5DF8fAbDSI10bX_7rNyGTcSwCnq7aJ0A](https://www.rusvesna.su/pUvLcbi4h59UuvW3HVfU-ZcxaMBEcuW2Hb3M5Oc9rXqH5aWtnmR4biQmb5PD2lDkzJy2QSyH50hxnYt_f0aesuKeyRgnmmf0CPrC_LcLB8Y6hfDGMZVnBMgbbxnPH3v_ho4oRZdYkkvAvpuJhqEax8Iy6KCGDZ-HhngCgrgyj-XC0-vXrzNbSEWKCW3d1TWpcyLE9CIE5DF8fAbDSI10bX_7rNyGTcSwCnq7aJ0A)

9:00 (8:00) rusvesna.su: **„Die Aussichten sind bereits düster“: Deutschland bereitet die Bevölkerung auf schwierige Zeiten vor**

Die Unterbrechung der russischen Gaslieferungen nach Deutschland werde der Wirtschaftslandschaft des Landes langfristig schaden, weshalb Berlin seine Bevölkerung und Unternehmen „auf schwierige Zeiten“ vorbereite, so ein Bloomberg-Artikel.

Laut der Deutschen Bundesbank werde die deutsche Wirtschaft im Jahr 2023 um mehr als 3 % schrumpfen, wenn die Energielieferungen aus Russland eingestellt würden, erinnert die Agentur. Gleichzeitig sei Europas größte Volkswirtschaft nach der Reduzierung der russischen Gaslieferungen über Nord Stream bereits „besorgt“.

„Die Aussichten sind bereits düster. Die Fabrikaufträge sind in den letzten drei Monaten zurückgegangen, die Kosten steigen und das Vertrauen bricht zusammen“, berichtete Bloomberg und stellte fest, dass die deutschen Geschäftserwartungen auch in diesem Monat unerwartet gesunken sind.

Lokale Unternehmen bereiteten sich auf eine langfristige Reduzierung des Energieverbrauchs vor. Beispielsweise könnte BASF, Europas größter Chemieproduzent, die Produktion aufgrund steigender Gaspreise drosseln, das als Rohstoff in der Produktion und zur Stromerzeugung verwendet wird.

„Deutschland bereitet Verbraucher und Unternehmen auf harte Zeiten vor“, heißt es in dem Artikel. So warnte der Leiter der Bundesnetzagentur, Klaus Müller, vor einer Verdopplung oder Verdreifachung der Gasrechnung auf die Haushalte und forderte die Bevölkerung auf, Geld und Energie zu sparen.

„Metall-, Papier- und sogar Lebensmittelunternehmen könnten gezwungen sein, Produktionskapazitäten in Deutschland zu reduzieren oder zu schließen, was den anhaltenden Abbau von Arbeitsplätzen in der verarbeitenden Industrie beschleunigen und der Wirtschaftslandschaft des Landes langfristig schaden würde“, schließt Bloomberg.

Am 14. Juni gab Gazprom bekannt, dass es insbesondere aufgrund von Verzögerungen bei den Arbeiten des deutschen Siemens-Konzerns nur drei Gaskompressoreinheiten (GPU) an der Anlage (Nord Stream) einsetzen könne. Am nächsten Tag kündigte das russische Unternehmen an, eine weitere Siemens-Gasturbine abzustellen und ab dem 16. Juni nicht mehr als 67 Millionen Kubikmeter pro Tag an Nord Stream liefern zu können, gegenüber den geplanten 167 Millionen.

Darüber hinaus wurden vom 21. bis 28. Juni die Gaslieferungen über „Turkish Stream“ (Gas wird durch ihn in die Türkei und auf dem Weg durch türkisches Territorium in die Länder Süd- und Südosteuropas geliefert) eingestellt, da an der Pipeline planmäßige jährliche Wartungsarbeiten durchgeführt werden.

Der Pressesprecher des Präsidenten Russlands, Dmitri Peskow, hat wiederholt darauf hingewiesen, dass Moskau niemals Gaslieferungen verwendet habe, um irgendjemanden zu bestrafen, sondern Treibstoff ausschließlich im eigenen Interesse verkaufe.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/reyhstag_germaniya.jpg

9:00 Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 26.06.2022**

Bei Gefechten mit den Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:

40 Mann;

5 Schützenpanzerwagen;

4 Fahrzeuge.

8 Soldaten der ukrainischen Streitkräfte haben die richtige Entscheidung getroffen, die Waffen niedergelegt und so ihr Leben gerettet.

Die Volksmiliz befreit weiter das von Kiew besetzte Territorium. Einheiten der Volksmiliz haben gemeinsam mit den verbündeten Truppen das **Asot-Werk vollständig befreit**. Derzeit evakuieren Einheiten der Volksmiliz die Zivilisten von Sewerodonezk, die in dem Werk Geiseln der Nationalisten waren.

Einheiten der Volksmiliz haben **Gorskoje vollständig befreit**.

Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur der frontnahen Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine eine **Rakete mit einem taktischen Raketenkomplex „Totschka-U“ auf Stachanow abgefeuert**.

Informationen über Schäden und Verletzte werden noch genauer ermittelt.

Die Volksmiliz der LVR liefert weiter gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen humanitäre Hilfe für Einwohner der befreiten Territorien der Republik.

8:33 de.rt.com: **Selenskij will alle von Russland eingenommenen Städte zurückerobern**

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij will die von Russland eingenommenen Städte zurückerobern, nachdem Moskau am Samstagabend die Einnahme von Sewerodonezk bekannt gegeben hat. Auch Melitopol und Mariupol seien nicht in Vergessenheit geraten, so der Politiker in seiner abendlichen Videoansprache am Samstag.

"Alle anderen Städte der Ukraine, die vorübergehend besetzt sind, werden ukrainisch sein."

Selenskij zufolge sei sein Land am Samstag innerhalb eines halben Tages von 45 russischen Raketen getroffen worden.

"Sie sind eine weitere Bestätigung unserer Position, dass Sanktionen gegen Russland nicht ausreichen."

Sein Land benötige mehr militärische Hilfe. Die Ukraine befinde sich in einer moralisch und emotional schwierigen Phase des Krieges.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b7eb6ab480cc50f1283d79.jpg>

10:20 (9:20) novorosinform.org: **US-Spezialeinheiten koordinieren alle Phasen der Waffenerlieferung an die Ukraine - The New York Times**

Das US-Militär arbeite mit Geheimdiensten in ganz Europa und der Ukraine zusammen und kontrolliere alle Phasen der Lieferung von NATO-Waffen an das Kiewer Regime, schreibt die New York Times.

Das Zeitung stellt fest, dass die Amerikaner an die Ukraine "riesige Mengen" an Geheimdienstinformationen übertragen, obwohl Washington offiziell die Präsenz seiner Streitkräfte auf dem "Quadrat" nicht anerkennt.

Washington schickt regelmäßig Militärausbilder auf Geschäftsreisen in die Ukraine, um ukrainische Kämpfer auszubilden, aber Offiziere der US-Armee stehen angeblich nicht an vorderster Front.

Gleichzeitig stellt die NYT fest, dass der russische Geheimdienst Kenntnis von den Aktivitäten der Amerikaner in der Ukraine habe.



https://novorosinform.org/content/images/75/88/47588_720x405.jpg

9:31 Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 26.6.22 um 10:30 Uhr**

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des GZKK der DVR mehr als 200 Geschosse mit Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 155mm, 152mm und 122mm sowie 120mm-Mörsern abgefeuert.

Die Gebiete von **13 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss wurden **2 Zivilisten verletzt**. 21 Wohnhäuser und ein ziviles Infrastrukturobjekt wurden

beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 2 Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“, ein Panzer, eine Drohne „Furija“ und 2 Panzerfahrzeuge. 3 Feuerstellungen des Feindes in den Gebieten von Awdejewka, Nowgorodskoje und Dylejewka wurden beseitigt.

9:31 de.rt.com: **Verteidigungsminister Schoigu inspiziert russische Truppengruppierung**

Der russische Verteidigungsminister Sergei Schoigu hat die Gruppierung der russischen Truppen [inspiziert](#), die an der Sonderoperation in der Ukraine beteiligt sind. Die russische Militärbehörde veröffentlichte am Sonntagvormittag ein Video des Besuchs. Demnach hörte sich der Armeegeneral Berichte über den aktuellen Verlauf der Sonderoperation und die Handlungen der russischen Streitkräfte an.

Sein Augenmerk legte Schoigu auf die allseitige Versorgung der Kampfhandlungen und auf die Lebensbedingungen der russischen Armeeeinglieder. Im Rahmen seines Besuchs [zeichnete](#) er mehrere Teilnehmer der Sonderoperation mit dem Tapferkeitsorden und dem Goldenen Stern des Helden der Russischen Föderation aus.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b8130db480cc4f7f6a71b8.jpg>

9:34 de.rt.com: **Weitere Eskalation im Wirtschaftskrieg: G7-Staaten wollen Importverbot für russisches Gold verkünden**

Der Wirtschaftskrieg des Westens gegen Russland geht weiter. Nun wollen die G7-Staaten ein Importverbot für russisches Gold verkünden. Ziel sei die weitere Isolierung Russlands vom internationalen Finanzsystem.

Im westlichen Wirtschaftskrieg gegen Russland greifen die G7-Staaten zu einem neuen Mittel. Bei ihrem Gipfel in Bayern wollen sie nach Angaben von US-Präsident Joe Biden ein Importverbot für russisches Gold verkünden.

Damit würden Russland Dutzende Milliarden Dollar Einnahmen aus diesem wichtigen Exportgut wegbrechen, teilte Biden am Sonntag auf Twitter mit. Wegen der russischen Militäroperation zur Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine haben die G7-Staaten bereits beispiellose und gegen internationales Recht verstoßende Sanktionen gegen Moskau verhängt.

Der wie Biden mit wachsenden innenpolitischen Problemen kämpfende britische Premierminister Boris Johnson erklärte, dieser Schritt werde "die russischen Oligarchen direkt

treffen" und "das Herz der Kriegsmaschinerie" des russischen Präsidenten Wladimir Putin attackieren. "Wir müssen dem Putin-Regime den Geldhahn zudrehen."

Auch in der EU gibt es Gespräche über Sanktionen gegen Russland im Gold-Handel. Beschlüsse gibt es bislang dazu noch nicht.

Die britische Regierung erklärte, dass der Importstopp angesichts der zentralen Rolle Londons im internationalen Goldhandel und der parallelen Maßnahmen der USA, Japans und Kanadas "weltweite Auswirkungen haben und den Rohstoff von den offiziellen internationalen Märkten ausschließen" werde. Ziel sei es, Russland "weiter vom internationalen Finanzsystem zu isolieren".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b80c7748fbef2396462110.jpg>

10:04 de.rt.com: **Volksrepublik Donezk meldet 29 Angriffe aus Ukraine binnen 24 Stunden**

Die Behörden in Donezk haben binnen der letzten 24 Stunden 29 Angriffe der ukrainischen Streitkräfte registriert. Demnach wurden auf das Territorium der Volksrepublik mindestens 185 Geschosse abgefeuert. Das ukrainische Militär setzte Raketen vom Typ Grad, sowie 152-, 122- und 120-Millimeter-Geschosse ein. Dabei wurde ein Zivilist verletzt. Durch die ukrainischen Angriffe wurden insgesamt 21 Häuser und ein Objekt der zivilen Infrastruktur in Donezk, Makejewka, Sneschnoje und Jassinowataja beschädigt.

Seit dem Beginn der Eskalation im Donbass Mitte Februar kamen demnach 199 Zivilisten, zwölf davon Kinder, ums Leben. 930, darunter 69 Minderjährige, erlitten Verletzungen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b7fbb748fbef1eeb35b442.jpg>

Folgen eines Angriffs der ukrainischen Streitkräfte auf Donezk, 22. Juni 2022

11:02 de.rt.com: **Kaum drei Prozent aller in Russland tätigen japanischen Unternehmen haben das Land nach Ausbruch des Ukraine-Krieges verlassen**

Nur weniger als drei Prozent der in Russland tätigen japanischen Unternehmen haben nach dem Ausbruch des Ukraine-Krieges beschlossen, ihr Russland-Geschäft aufzulösen. Das geht aus einer Analyse des Marktforschungsunternehmens Teikoku Databank Ltd. hervor, die auf einer Umfrage der Yale School of Management basiert. Demnach sollen sich bis zum 19. Juni nur vier der insgesamt 168 in Russland tätigen japanischen Firmen (2,4 Prozent) aus dem euroasiatischen Land zurückgezogen haben. 74 Firmen (40 Prozent) sollen ihre Tätigkeiten im Land vorübergehend ausgesetzt haben. Aus der Analyse geht hervor, dass viele davon hoffen, ihr Russland-Geschäft in Zukunft wiederaufzunehmen.

Die japanische Nachrichtenagentur Kyōdō Tsūshinsha (Kyodo News) schreibt unter Berufung auf die Umfrage der Yale School of Management, dass dieser Kennwert viel niedriger ist als der von Großbritannien, Kanada und den USA. So sollen 48 Prozent der britischen, rund 33 Prozent der kanadischen und rund 29 Prozent der US-amerikanischen Firmen ihren Rückzug vom russischen Markt angekündigt haben. Allerdings beläuft sich demnach dieser Kennwert auch im EU-Land Italien nur auf fünf Prozent.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b80b52b480cc575526e5d3.jpg>

12:32 (11:32) novorosinform.org: **Angriffe auf Kiew wurden vom Kaspischen Meer aus mit X101-Raketen ausgeführt - Kommando der Streitkräfte der Ukraine**

Russische Tu-95- und Tu-160-Flugzeuge führten die morgendlichen Angriffe auf militärische Einrichtungen in Kiew vom Kaspischen Meer aus durch. Dies teilte der Sprecher des Kommandos der Luftwaffe der Streitkräfte der Ukraine Juri Ignat mit.

Ihm zufolge verwendeten die russischen Truppen für die Angriffe auf Kiew X101-Raketen, die eine Reichweite von bis zu 5.500 km haben.

„Die Bomber starteten in Astrachan. Die Raketen wurden über dem Kaspischen Meer abgefeuert“, sagte Ignat.

Ukrainische Sprecher erwarten im Laufe des Tages neue Angriffe auf Kiew. Die Abgeordnete der Rada Gontscharenko forderte die Kiewer auf, auf Luftalarm zu reagieren, insbesondere im Regierungsviertel.



https://novorosinform.org/content/images/75/91/47591_720x405.jpg

11:38 de.rt.com: **Medienbericht: Ukraine bestellt erneut Waffen bei deutschen Firmen**

Nach einem Bericht von „Die Welt“ soll die Ukraine auf eigene Initiative erneut Waffen in Deutschland gekauft haben. Das Blatt [beruft](#) sich auf ukrainische Regierungskreise. Demnach habe Kiew mit eigenem Geld 2.900 Panzerabwehrwaffen MATADOR (Man-portable Anti-Tank, Anti-DOoR) vom Typ RGW 90 der Dynamit Nobel Defence GmbH (DND) direkt bei der Industrie gekauft haben. Die Bestellung sei in zwei Tranchen erfolgt. Ein entsprechendes Angebot liegt der Zeitung vor.

Solche Bestellungen setzen üblicherweise einen Antrag beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle und die Zustimmung des Bundessicherheitsrates voraus. Das Wirtschaftsministerium unter Robert Habeck hat die Informationen auf Anfrage der „Welt“ nicht kommentiert.

Schon im März hatte Kiew auf eigene Kosten 5.100 dieser Panzerabwehrwaffen beim deutschen Rüstungskonzern DND bestellt. Damit summiert sich die Zahl der gelieferten MATADOR-Waffen auf 8.000 Stück. Das im nordrhein-westfälischen Burbach hergestellte System ist eine Art Panzerfaust, die rückstoßfrei von der Schulter aus abgefeuert werden kann.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b81d5648fbef1eeb35b45c.jpg>

Auf dem Bild: Ein mann hält eine Panzerfaust 3 des Rüstungskonzerns Dynamit Nobel

Defence

11:47 Telegram-Kanal von Boris Roshin (Colonelcassad): **Nicht alle schaffen es bis zur Front - Russisches Verteidigungsministerium über die gestrigen Angriffe auf Ziele in den Regionen Lwow und Tschernigow**

Die russischen Luft- und Raumfahrtstreitkräfte haben mit hochpräzisen Waffen und Kalibr-Raketen das Territorium des 169. Ausbildungszentrums der Bodentruppen in der Region Tschernigow, des 199. Ausbildungszentrums der Luftlandetruppen in der Region Schitomir sowie des 184. Ausbildungszentrums an der Streitkräfte der Ukraine in der Region Lwow angegriffen.

Infolge der Angriffe verloren die 65. und 66. motorisierten Infanteriebrigade sowie die 46. Luftlandebrigade aus den strategischen Reserven der Streitkräfte der Ukraine, die auf diesen Übungsplätzen trainiert wurden, ihre Kampffähigkeit vollständig. Die geplante Verlegung dieser Formationen in die Kampfzone wurde vereitelt.

nachmittags:

12:09 de.rt.com: **Biden und Scholz beschwören Geschlossenheit vor G7-Gipfel**

Bundeskanzler Olaf Scholz und US-Präsident Joe Biden haben vor dem G7-Treffen in Bayern die Geschlossenheit des Westens angesichts des Ukraine-Kriegs beschworen. Am Rande ihres bilateralen Treffens am Sonntag auf Schloss Elmau unterstrich der SPD-Politiker, man müsse weiterhin zusammenstehen. Russlands Präsident Wladimir Putin habe diese Geschlossenheit nicht erwartet.

Biden dankte Scholz für die wichtige Rolle, die dieser dabei gespielt habe. Der US-Präsident betonte: "Wir müssen zusammenbleiben." Putin habe damit gerechnet, dass die G7 und die NATO gespalten würden. Das sei nicht geschehen und werde auch nicht geschehen.

Der G7-Gipfel dauert bis Dienstag. Es ist der erste Besuch Bidens in Deutschland seit seiner Amtsübernahme im Januar 2021. Zur G7 gehören neben Deutschland und den USA auch Kanada, Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan. Nach dem G7-Treffen will Biden zum NATO-Gipfel nach Madrid weiterreisen, bevor er am Donnerstag nach Washington, D.C. zurückkehrt.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b828c448fbef205e2a0344.jpg>

13:50 (12:50) novorosinform.org: **Streitkräfte der Ukraine haben Kremennaja von Lisitschansk aus beschossen - es gibt Opfer**

Heute Morgen haben ukrainische bewaffnete Formationen einen Mörserangriff auf die

befreite Stadt Kremennaja gestartet. Infolge des Beschusses sei eine Frau gestorben, berichtete der Botschafter der LVR in Russland, Rodion Miroshnik.

„Infolge des morgendlichen Mörserbeschusses des Dorfes Kremennaja wurden eine 1982 geborene Frau getötet und zwei Zivilisten verletzt“, schrieb er in seinem Telegram-Kanal. Miroshnik bemerkte, dass der Beschuss aus einem Vorort von Lisitschansk – der Siedlung Priwolje - durchgeführt wurde.



https://novorosinform.org/content/images/75/94/47594_720x405.jpg

12:59 de.rt.com: **Friedenscamps in Rheinland-Pfalz: Proteste gegen NATO-Kriege in Büchel und Ramstein**

Der Krieg in der Ukraine zeigt in aller Deutlichkeit: Militärische Konfrontation führt zu weiterer Eskalation, zu immer mehr Waffen, zu Tod und Zerstörung. Der drohende Einsatz von Atomwaffen sowie der von Kampfdrohnen sind näher gerückt. Auch dagegen wurde am Wochenende demonstriert.

Gleich zwei Friedensbündnisse riefen in dieser Woche vor den großen deutschen US-Militärstützpunkten in Ramstein und Büchel zu Versammlungen auf, um gegen den Missbrauch der dort stationierten US-Waffen zu demonstrieren. Während sich das Aktionsbündnis "Stopp Air Base Ramstein" mit einem einwöchigen Friedenscamp gegen den Einsatz von Kampfdrohnen aussprach, riefen hingegen die Landeskirchen und die katholische Friedensbewegung [Pax Christi](#) die Militärangehörigen in Büchel zu einem "neuen sicherheitspolitischen Denken" sowie zum Verzicht auf Atomwaffen auf.

Tanz der Toten in Ramstein

Unter dem Motto "Tanz der Toten" fand am Samstag eine Großdemonstration vor dem Stützpunkt und Drehkreuz der US Air Force in Ramstein statt. Die Veranstaltung markierte den Höhepunkt einer einwöchigen Aktionswoche, bei der Interessierte die Gelegenheit hatten, sich in Workshops und Seminaren über den von Rheinland-Pfalz aus gesteuerten Drohnenkrieg der US-Amerikaner zu informieren. Rund 500 Menschen beteiligten sich an der friedlichen Aktion. Für das makabre Motto hatten sich die Organisatoren laut eigenen Angaben ganz bewusst entschieden.

"Niemand hat bisher den Dienst des Todes, den die Air Base Ramstein und die deutsche Regierung leistet, so deutlich angesprochen. Wir möchten, dass den Menschen das schreckliche, absurde und menschenverachtende Geschäft der Kriegsprofiteure und der Militärbasis sofort offensichtlich wird", heißt es auf der [Website](#) des Aktionsbündnisses. Die Organisatoren riefen die Protestteilnehmer darüber hinaus dazu auf, die "üblichen Friedens- und Organisationsfahnen zu Hause" zu lassen:

"Wenn ihr Schilder malen wollt, dann solche, die das Geschäft des Todes satirisch unterstützen. Beispiele wären: 'Nr. 1 Atombombenmagnet: Air Base Ramstein', 'Drohntod

weltweit', 'I love Rheinmetall', 'Ob Rot-Grün-Gelb, die Ampel tötet für das Geld', 'Passion for killing – Rheinmetall', 'ThyssenKrupp – Wir profitieren vom Krieg' etc. Wir sind uns sicher, dass ihr noch viel kreativer seid und mit tollen Schildern kommt."

Mit ihrem [Protest](#) beziehen sich die Organisatoren von "Stopp Air Base Ramstein" auf die [Enthüllungen des ehemaligen Drohnenpiloten Brandon Bryant](#), dank dessen Offenbarungen die prominente Rolle, die der Luftwaffenstützpunkt für den Drohnenkrieg der US-Regierung spielt, der breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht wurde. "Ohne Deutschland wäre der gesamte Drohnenkrieg des US-Militärs nicht möglich", erklärte der Whistleblower 2014 der Süddeutschen Zeitung (SZ). Bryant war bis April 2011 auf einem US-Luftwaffenstützpunkt in New Mexiko stationiert:

"In den mehr als tausend Drohneneinsätzen, die ich geflogen habe, gab es kein einziges Mal, wo wir zum Schichtbeginn nicht in Ramstein angerufen haben."

"Ich habe mein Rufzeichen durchgegeben und die Kennung der Drohne, die ich steuern will, und schon ging es los. Das Signal der Drohne wird über einen Satelliten nach Ramstein übertragen. Dort wird das Signal verstärkt und per Glasfaserkabel in die Vereinigten Staaten geleitet, wo wir Piloten saßen", enthüllte er. Als Pilot habe er während des gesamten Einsatzes über ein abgesichertes Chat-System in Kontakt mit den Analysten des sogenannten Distributed Ground System (DGS) gestanden:

"In den Distributed Ground Systems (DGS) werden die Videobilder unserer Drohne überwacht, analysiert und an die zuständigen Stellen verbreitet."

Von dort habe er mehrmals stündlich Live-Hilfestellung zur Auswertung seiner Bilder erhalten, so Bryant. Noch ein Jahr zuvor schrieb die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine damalige [Anfrage](#) der Partei Die Linke im Deutschen Bundestag, dass sich das Kontrollzentrum (DGS) aus ihrer Sicht gar nicht in Deutschland befinde, "da die Baubeschreibung lediglich die Errichtung einer Station zur Weiterleitung von Daten über Satelliten (SATCOM-Relay) spezifiziert".

Bryant hatte daraufhin erklärt, er habe oft "mit den Jungs vom DGS gechattet". Diese hätten demnach sehr wohl bestätigt, in Langley, auf Hawaii – oder eben auch in Ramstein(!) – zu sitzen.

Kirchen rufen zu einem Ende der Atombombenstationierung in Büchel auf

Neben dem "Tanz der Toten" in Ramstein fand am Fliegerhorst Büchel der bundesdeutschen Luftwaffe am Samstag der 5. Aktionstag der Kirchenvereinigungen "Friedensarbeit" und "Pax Christi" statt. An dem Tag gehe es darum, "ein Zeichen für eine atomwaffenfreie Welt zu setzen", teilte die Friedensarbeit am Freitag in Bonn mit:

"Wir, Christinnen und Christen aus mehreren evangelischen Landeskirchen und der katholischen Friedensbewegung Pax Christi, laden hiermit zum 5. Aktionstag für eine atomwaffenfreie Welt am Fliegerhorst Büchel ein. Hier werden 20 US-amerikanische Atombomben, die im Kriegsfall von deutschen Flugzeugen zu ihren Zielen geflogen werden, für den Einsatz bereitgehalten." Die derzeitige Weltlage mache die "Dringlichkeit und Notwendigkeit, für die Abschaffung der Atomwaffen einzutreten, zwingend deutlich", erklärten die Kirchenvertreter auf ihrer [Website](#).

Etwa 100 Protestteilnehmer forderten die Verantwortlichen in Büchel zudem dazu auf, von der derzeitigen "Abschreckungslogik" gegen Russland abzurücken. Stattdessen brauche es ein neues "sicherheitspolitisches Denken" sowie eine "friedenslogische Politik". Dazu gehöre auch der Verzicht auf Atomwaffen, hieß es in einem ökumenischen Gottesdienst und einer anschließenden Kundgebung vor dem Haupttor des Luftwaffenstützpunkts.

Der Weltkirchenrat solle sich bei den nationalen Regierungen darüber hinaus für einen Beitritt zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag einsetzen, so die Aktivisten:

"Die beim Ukraine-Krieg verbundene Eskalationsgefahr zeigt die Dringlichkeit eines weltweiten Atomwaffenverbots."

Auf dem Fliegerhorst Büchel sollen als offenes Geheimnis derzeit etwa 20

Wasserstoffbomben vom Typ [B61](#) lagern, die im Falle eines nuklearen Einsatzbefehls im Rahmen einer nuklearen Teilhabe Deutschlands dank der NATO nur noch an die hierfür bereitgehaltenen [Panavia Tornado-Jets PA-200](#) des [Taktischen Luftwaffengeschwaders 33](#) der Bundeswehr eingeklinkt werden. Die Piloten haben dann die Aufgabe, diese Bomben über den vorgesehenen Zielorten abzuwerfen.

Derzeit bleibt lediglich unklar, ob die Atomwaffen in Büchel oder nach NRW verlagert wurden, weil wegen bereits seit längerem geplanten Sanierungsarbeiten am Fliegerhorst Büchel das entsprechende deutsche Atombomben-Geschwader im vergangenen Monat übergangsweise auf den rund 100 Kilometer entfernten Fliegerhorst in Nörvenich in Nordrhein-Westfalen verlegt wurde.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b81fc748fbef208b1c406b.jpg>

Eine Protestteilnehmerin hüllt sich in eine Fahne der Friedensbewegung "Stopp Air Base Ramstein"

[dan-news.info](#): Einwohner der DVR bringen heute seit dem frühen Morgen Blumen zum Ort des Todes des Helden der DVR, des ersten Oberhauptes der Republik Alexandr Sachartschenko nieder, um sein Andenken zu ehren.



https://dan-news.info/storage/c/2022/06/26/1656240696_855709_53.jpg



https://dan-news.info/storage/c/2022/06/26/1656240873_746314_77.jpg

13:02 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium: Drei ukrainische Militärausbildungszentren angegriffen**

Auf seinem Pressebriefing am Sonntagnachmittag hat der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums Generalleutnant Igor Konaschenkow mitgeteilt, dass die Volksrepublik Lugansk am 25. Juni Sewerodonezk, Borowskoje, Woronowo und Sirofino unter eigene Kontrolle genommen habe. Angesichts der Erfolge der russischen Armee sowie der Volksmilizen von Donezk und Lugansk sinke der Kampfgeist der ukrainischen Streitkräfte erheblich. Beispielsweise komme es in der 30. mechanisierten Brigade in der Nähe von Artjomowsk zu Fällen der Fahnenflucht und zum massenhaften Konsum von Alkohol und Drogen.

Konaschenkow berichtete ferner über weitere russische Raketenangriffe auf ukrainische Militärobjekte in den Gebieten Tschernigow, Schitomir und Lwow. Dabei seien drei Militärausbildungszentren getroffen worden. Mit den Angriffen habe das russische Militär die geplante Verlegung von vier ukrainischen Brigaden ins Kampfgebiet verhindert.

Bei den jüngsten Luft-, Raketen- und Artillerieangriffen seien wiederum mehr als 720 ukrainische Kämpfer getötet worden. Zwölf Panzer und andere Panzerfahrzeuge seien außer Gefecht gesetzt worden. In einem Luftkampf in der Nähe der Ortschaft Selenodolsk im ukrainischen Gebiet Dnjepropetrowsk sei ein ukrainisches Kampfflugzeug vom Typ MiG-29 abgeschossen worden. Die russische Flugabwehr habe acht ukrainische Drohnen zerstört und 19 reaktive Geschosse abgefangen, fügte Konaschenkow hinzu.

Der Militärsprecher berichtete außerdem über einen weiteren gescheiterten Versuch des Gegners, die Schlangeninsel im Schwarzen Meer anzugreifen. Die russische Armee habe den Angriff, bei dem auch Mehrfachraketenwerfer eingesetzt worden seien, abgewehrt. Dabei sei ein ukrainisches Flugzeug vom Typ Su-25 abgeschossen worden. Auf der russischen Seite gebe es weder Verluste noch Schäden.

Nach Angaben des Verteidigungsministeriums in Moskau habe die Ukraine seit dem Beginn der Sonderoperation am 24. Februar bisher insgesamt 215 Flugzeuge, 132 Hubschrauber, 1.363 Drohnen, 350 Flugabwehrraketenkomplexe, 3.809 Panzer und Panzerfahrzeuge, 682 Mehrfachraketenwerfer sowie 3.012 Geschütze und Mörser verloren.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b839bc48fbef202c34c1d2.jpg>

15:00 (14:00) novorosinform.org: **Selenskijs Büro stellte nach dem Beschluss von Kiew vier Forderungen an die G7-Staaten**

Die G7-Staaten müssten auf die heutigen Angriffe auf Kiew mit neuen Sanktionen und zusätzlichen Waffenlieferungen an die Ukraine reagieren. Dies erklärte der Leiter des Büros des Präsidenten der Ukraine, Andrej Jermak.

Konkret stellte der Beamte am Vorabend des G7-Gipfels vier Forderungen an Kiews westliche Partner.

Jermak forderte, die Sanktionen zu verschärfen und ein Gasembargo gegen Russland zu verhängen, Militärkonvois zu organisieren, um ukrainische Häfen freizugeben, Russland als Sponsor des Terrorismus einzustufen und Kiew noch mehr Waffen zu liefern.



https://novorosinform.org/content/images/75/96/47596_720x405.jpg

14:05 de.rt.com: **Microsoft: US-Zensur russischer Medien ist gescheitert**

RT und Sputnik erreichen trotz der Unterdrückung und Zensur durch Big Tech im Namen der Ukraine und im Auftrag der US-Regierung immer noch das amerikanische Publikum. Und das in beachtlichem Umfang.

Die Bemühungen des Silicon Valley, im Namen der Ukraine Nachrichten und Informationen zu unterdrücken, die als "russische Propaganda" klassifiziert sind – insbesondere von Medien wie RT und Sputnik –, haben zwar deren Reichweite verringert. Laut einem Bericht von Microsoft über den an der Seite der Ukraine geführten Internet-Krieg werden diese Medien jedoch inzwischen von mehr Amerikanern genutzt als vor dem Ausbruch der Kämpfe zwischen Moskau und Kiew.

Kiew verlässt sich bei seiner Cyber-Abwehr auf eine "Koalition von Ländern, Unternehmen und NGOs" und verlagerte seine digitale Infrastruktur in im Westen betriebene Clouds. Dies geht aus einem am vergangenen Mittwoch [veröffentlichten Bericht](#) mit dem Titel "Defending Ukraine: Early Lessons from the Cyber War" (Verteidigung der Ukraine: Erste Erfahrungen im Cyber-Krieg) hervor, der von Brad Smith, dem Präsidenten und stellvertretenden Vorsitzenden von Microsoft, unterzeichnet wurde.

Die 30-seitige Broschüre versucht, alle aus Russland kommenden Nachrichten als Kreml-Propaganda und "globale Cyber-Einflussoperationen" zur Unterstützung der Kriegsanstrengungen in der Ukraine zu brandmarken. Russland "kombiniert vom KGB über mehrere Jahrzehnte entwickelte Taktiken mit neuen digitalen Technologien und dem Internet", um "die langjährige Offenheit demokratischer Gesellschaften und die für die heutige Zeit charakteristische öffentliche Polarisierung auszunutzen", so Smith.

Microsoft behauptet, dass "russische Cyber-Einflussoperationen" in den USA zu einer 82-prozentigen und in der Ukraine zu einer 216-prozentigen Zunahme der Verbreitung von Propaganda geführt haben, und dass "die Bemühungen des Technologiesektors ab Anfang März, die Verbreitung von Narrativen von RT und Sputnik einzudämmen, wahrscheinlich dazu beigetragen haben, die Verbreitung russischer Propaganda wieder auf das Niveau von vor Februar zu reduzieren."

Nach Schätzungen von Microsoft erzielten RT und Sputnik in den USA jedoch immer noch je durchschnittlich 60 bis 80 Millionen Seitenaufrufe pro Monat, was den angeblichen russischen Einfluss "auf Augenhöhe mit einer großen Publikation wie dem Wall Street Journal" bringt.

Das von Bill Gates mitgegründete Unternehmen stützt diese Schätzungen auf den Russian Propaganda Index (RPI), ein Tool, das von Microsofts eigenem "AI For Good Lab" entwickelt wurde.

Das Labor bezog in die Berechnung des Indexes auch "eine Vielzahl von Internetquellen und andere Identifizierungsmerkmale" ein, um zu bestimmen und sogar vorherzusagen, welche Webseiten als russische Propaganda im Internet angesehen werden könnten. Dabei stützte man sich teilweise auch auf die Arbeit von Gruppierungen wie [NewsGuard](#) oder den [Global Desinformation Index](#) (GDI).

In den USA gilt zwar ein verfassungsmäßig garantiertes Verbot offener Zensur. Seit dem Ausbruch des Konflikts in der Ukraine hat das im Silicon Valley ansässige Unternehmen YouTube jedoch den Zugang zu Kanälen der "russischen Staatsmedien" auf der ganzen Welt blockiert.

Nachdem YouTube im März auf Ersuchen der EU-Regierungen RT und Sputnik in der Europäischen Union blockiert hatte, gab die Medienplattform einige Tage später bekannt, seine Zensur global ausweiten zu wollen. Die Maßnahme schließe alle Kanäle ein, "die mit staatlich finanzierten russischen Medien in Verbindung stehen".

Der [EU-Ministerrat verbot](#) RT und Sputnik am 2. März unter Berufung auf den Konflikt in der Ukraine. Er kündigte zugleich an, dass das Verbot so lange in Kraft bleiben würde, bis Russland aufhöre, sogenannte "Aktionen zur Desinformation und Informationsmanipulation gegen die EU und ihre Mitgliedstaaten" durchzuführen. Die Länder Australien, Kanada und das Vereinigte Königreich zogen kurz darauf mit eigenen Verboten nach.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b846ee48fbef208b1c4081.jpeg>

14:06 de.rt.com: **EU-Ratspräsident Michel: Brüssel wird voraussichtlich Pläne für Gold-Importverbot gegen Russland unterstützen**

Die Europäische Union wird sich den Plänen für ein Importverbot von Gold aus Russland voraussichtlich anschließen. Er sei zuversichtlich, dass sich der russische Goldsektor so ins Visier nehmen lasse, dass man nicht selbst zum Opfer negativer Auswirkungen werde, sagte EU-Ratspräsident Charles Michel am Sonntag beim G7-Gipfel im bayerischen Elmau. Somit wolle man auf die russische Finanzierung des Krieges abzielen. Was Gold angehe, so sei man bereit, sich die Pläne im Detail anzuschauen. Er wolle Abstimmungen dazu zwischen den EU-Staaten vorantreiben, sagte Michel.

Die G7-Staaten wollen nach Ankündigungen des US-Präsidenten Joe Biden ein Importverbot für Gold aus Russland verkünden. Damit würden Russland Dutzende Milliarden US-Dollar Einnahmen aus diesem wichtigen Exportgut wegbrechen, teilte Biden auf Twitter mit. Ein hochrangiger US-Regierungsmitarbeiter sagte am Sonntag in einer Telefonkonferenz mit Journalisten, die G7-Staaten würden den Importstopp offiziell am Dienstag, dem letzten Tag des Gipfels, auf Schloss Elmau verkünden.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b846ebb480cc5293612a3d.jpg>

14:38 de.rt.com: **Lugansk berichtet von Kämpfen in Vororten von Lissitschansk: Bis zu 12.000 ukrainische Kämpfer in Stadt und Umgebung**

Der Assistent des Innenministers der Volksrepublik Lugansk, Witali Kisseljow, hat der russischen Agentur TASS mitgeteilt, dass sich in der Stadt Lissitschansk und ihrer Umgebung zwischen 10.000 und 12.000 ukrainische Kämpfer, darunter auch Söldner, ausharren würden. Gekämpft werde praktisch am Stadtrand.

Der Beamte gab ferner bekannt, dass das Industriegelände im benachbarten Sewerodonezk

noch nicht vollständig gesäubert sei. In der Stadt gebe es noch ukrainische Kämpfer. Ihre Zahl schätzte Kisseljow auf etwas mehr als 1.000 Mann.

"Hoffentlich wird diese Epopöe um diese Verbrecher in drei oder vier Tagen zu Ende sein." Demnach sollen mehrere Söldner aus Frankreich, Polen, Deutschland und den USA aus der von Russland eingenommen Stadt nachts in kleineren Gruppen von zwei oder drei Mann nach Lissitschansk geflohen sein.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b8507c48fbef202c34c1e2.jpg>
Stadtpanorama von Lissitschansk, 23. Juni 2022

15:48 (14:48) novorosinform.org: **Die Ukraine verübte einen weiteren Terroranschlag – das Auto der Leiterin der Bildungsabteilung von Kachowka wurde in die Luft gesprengt**
Die ukrainischen Behörden organisierten einen weiteren Terroranschlag in der Region Cherson. Am Sonntag, dem 26. Juni, wurde das Auto der Leiterin der Bildungsabteilung von Kachowka, Irina Machnewa, in die Luft gesprengt, berichtet der Telegram-Kanal „Legitimny“.

Die Frau selbst wurde bei der Explosion nicht verletzt. Es wird darauf hingewiesen, dass die Organisation von Terroranschlägen auf die von russischen Truppen kontrollierten Gebiete eine Strategie des SBU und der GUR der Ukraine ist, die in geschlossenen Sitzungen genehmigt wurde.

"Das Konzept des ‚kontrollierten Terrors‘ in den von Russland kontrollierten ukrainischen Gebieten ist ein Versuch, gezielt die politische, soziale und kulturelle Elite der Region einzuschüchtern", schreibt „Legitimny“.

Dem Kanal zufolge sei sich das Amt des Präsidenten der Ukraine bewusst, dass diese Gebiete nicht mit militärischen Mitteln befreit werden können, und wolle sie daher so unbewohnbar wie möglich machen.



https://novorosinform.org/content/images/75/98/47598_720x405.jpg

14:52 de.rt.com: **"Keine Korridore, keine Beschwichtigung": Litauen hält an Transitblockade nach Kaliningrad fest**

Litauen hat angekündigt, an seiner derzeitigen willkürlichen Kontrolle und Teilblockade des Güterverkehrs in die russische Exklave Kaliningrad festhalten zu wollen. Es werde keine Ausnahmen geben, erklärte der litauische Präsident Gitanas Nausėda am Samstag auf Facebook.

Der litauische Präsident Gitanas Nausėda hat mitgeteilt, sein Land werde an den Transitbeschränkungen für jeglichen Gütertransport auf dem Landweg in die an der Ostsee gelegene russische Exklave Kaliningrad festhalten. "Es ist absolut klar, dass Litauen die EU-Sanktionen umsetzen muss und wird", erklärte Nausėda am Samstag auf Facebook:

"Litauen muss und wird die Kontrolle über die Waren, die sein Territorium passieren, aufrechterhalten, und es kann weder 'Korridore' geben, noch kann es eine Beschwichtigung Russlands als Antwort auf die Drohungen des Kremls geben. Ich habe der Präsidentin der Europäischen Kommission gegenüber deutlich gemacht, wie Litauen die Situation sieht." Kaliningrad ist eine russische Exklave mit knapp einer Million Einwohnern, die zwischen Litauen und Polen an der Ostsee liegt. Vor einer Woche hatte die litauische Eisenbahngesellschaft den Transit von solchen Gütern, die unter eine antirussische Sanktion fallen würden, zwischen Russland und Kaliningrad unter Berufung auf angebliche Anweisungen aus Brüssel ausgesetzt.

Konkret dürfen Güter, die unter die Export-Sanktionen der EU gegen Russland fallen, nicht mehr mit der Bahn über Litauen von Russland nach Russland (Kaliningrad) durchgelassen werden. Dazu gehören vor allem Metalle, Baumaterial, Technologiegüter und Kohle, die im Gebiet Kaliningrad für die Aufrechterhaltung normaler wirtschaftlicher Tätigkeit benötigt werden. Seit die EU im Februar ihren Luftraum für russische Flugzeuge gesperrt hat, bleibt den Behörden im Kaliningrader Gebiet somit nur noch die Möglichkeit, Rohstoffe und Waren zwischen der Exklave und dem russischen Kernland über die Ostsee zu transportieren. Als Reaktion auf den Ende Februar begonnenen Militäreinsatz in der Ukraine verhängte die EU in immer neuen Tranchen weitreichende Strafsanktionen gegen Moskau, die gegen internationales Recht verstoßen.

Angesichts dieser Sanktionen bekräftigte Nausėda am Samstag, dass seine Regierung im Einklang mit dem vierten EU-Sanktionspaket handle, das "unter aktiver Beteiligung Litauens" verabschiedet worden wäre.

Die derzeitige Blockade des Warentransits nach Kaliningrad geht unter anderem auch auf die Kommission der Europäischen Union in Brüssel zurück, die das Vorhaben Litauens bereits zuvor in Verlautbarungen unterstützte. In Russland stößt die von Litauen verhängte Unterbrechung des Transits in die russische Exklave jedoch weiterhin auf scharfe Kritik. Die Transitbeschränkungen würden "den grundlegenden Dokumenten" der Partnerschaft zwischen der EU und Russland widersprechen. Das Partnerschaftsabkommen von 1994 sehe eben dafür einen freien Transit von Waren vor, erklärte Kremlsprecher Dmitri Peskow. Eine Gegenreaktion werde vorbereitet.

Als Reaktion auf die derzeitigen Eskalationen in dem Handelsstreit soll Italien die Europäische Kommission gemäß einem Bericht in The Times gemeinsam mit anderen europäischen Regierungen in der vergangenen Woche darum gebeten haben, die Krise zu entschärfen. Es gehe nicht darum, sich zurückzuziehen, sondern darum, eine Eskalation zu vermeiden, heißt es laut diesem Bericht.

Der litauische EU-Abgeordnete Petras Auštrevičius verwies am Freitag darauf, dass ein nicht genannter EU-Mitgliedstaat der Kommission vorgeschlagen habe, den Transit von sanktionierten Waren von Russland nach Russland zu erlauben. Doch derartige Deeskalationsbemühungen seiner Kollegen gefallen diesem EU-Abgeordneten offenbar nicht. Dieser forderte vielmehr die Entscheidungsträger in Brüssel stattdessen auf, "dem Druck des

Aggressors nicht nachzugeben. Es dürfe "keine extraterritorialen Ausnahmen und Zugeständnisse" geben.

Dmitri Peskow äußerte als Sprecher des russischen Präsidenten derweil die Hoffnung, dass die Entscheidung, den Transit teilweise zu verbieten, rückgängig gemacht werden können. "Hoffen wir das Beste, aber bereiten wir uns auf das Schlimmste vor. Das tun wir die ganze Zeit", sagte er am Freitag vor Reportern.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b84dfd48fbef208b1c4085.jpg>

16:25 (15:25) novorosinform.org: **Das Pentagon versucht, die Niederlage der Streitkräfte der Ukraine zu vermeiden und fordert Selenskij auf, Truppen abzuziehen – Insider**

Das Pentagon fordert, dass das Büro des Präsidenten der Ukraine wieder zur Verteidigungsstrategie entlang der Linie Saporoschje/Dnepr/Poltawa/Charkow zurückkehrt oder sich auf die von Salushny, Slawjansk/Kramatorsk/Drushkowska/Konstantinowka gebildete Linie zurückzieht um die vollständige Niederlage der ukrainischen Streitkräfte im Donbass zu vermeiden, schreibt mit einem Link zur Quelle im Büro des Präsidenten der Telegram-Kanal „Resident“.

„Die Amerikaner sind sich sicher, dass Selenskij einen Fehler gemacht hat, als er mit all seinen Streitkräften ungünstige Stellungen an der Ostfront hielt, wo die Steppenlandschaft der russischen Artillerie und Luftfahrt in die Hände spielt“, heißt es in der Veröffentlichung. Es wird darauf hingewiesen, dass amerikanische Analysten sicher seien, dass die Streitkräfte der Ukraine jetzt die kampfbereitesten Einheiten verlieren, die nicht durch eine neue Mobilisierung ersetzt werden können, und Zusammenbruch der Front, verbunden mit der Massenkapitulation ukrainischer Kämpfer, riskieren.

Der Insider stellte fest, dass das Pentagon bereits herausgefunden habe, wie es das Büro des Präsidenten davon überzeugen kann, sich auf die von den Amerikanern im März vorgeschlagenen Verteidigungslinien zurückzuziehen.

Pentagon-Sprecher John Kirby sagte, die Vereinigten Staaten seien bereit, die Ukraine mit den neuesten Waffen zu versorgen, aber dafür sei es notwendig, einen Teil des ukrainischen Militärs unter dem Vorwand, es im Umgang mit neuen Waffen auszubilden, von der Frontlinie zurückzuziehen.



https://novorosinform.org/content/images/75/99/47599_720x405.jpg

15:30 de.rt.com: **Russische Streitkräfte vernichten mehrere ukrainische Waffentransporte in der Region Donezk**

Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums haben die russischen Streitkräfte mit Präzisionswaffen zehn ukrainische Züge mit Mehrfachraketenwerfern ausgeschaltet. Am Sonntag erklärte der Sprecher des Verteidigungsministeriums, Generalleutnant Igor Konaschenkow:

"Die russischen Luft- und Raumfahrtkräfte haben in ihrem Gegenfeuer mit Präzisionswaffen zehn Züge mit Mehrfachraketenwerfern in den Siedlungen Awdejewka, Ukrainsk, Iwanowka, Nowosjolowka Perwaja und Wosdwischenka in der Donezker Volksrepublik ausgeschaltet." Zuvor gab das russische Verteidigungsministerium bekannt, dass bei Raketenangriffen auf ukrainische Militärobjecte in den Gebieten Tschernigow, Schitomir und Lwow drei Militärausbildungszentren der ukrainischen Streitkräfte getroffen wurden. In den vergangenen 24 Stunden seien bei Luft-, Raketen- und Artillerieangriffen mehr als 720 ukrainische Kämpfer getötet worden.

16:20 de.rt.com: **Botschafter der LVR: Bis zu 70 Asot-Kämpfer in Sjewjerodonezk gefangen genommen**

Wie der Botschafter der Lugansker Volksrepublik, Rodion Miroschnik, am Sonntag in der Sendung Solowjow Live mitteilte, wurden etwa 70 Menschen aus dem Asot-Werk in Sjewjerodonezk gefangen genommen.

"Es gab dort recht aktive Angriffsoperationen, einige versuchten, sich in Richtung Sjewjerskij Donez durchzuschlagen, einigen gelang die Flucht. Es wurden nicht viele gefangen genommen, etwa 50 bis 70 Personen, sagen zumindest die Einheimischen", so Miroschnik. Er erklärte weiter, dass Einheiten der LVR-Volksmiliz die Siedlungen auf der linken Seite des Flusses Sjewjerskij Donez sowie den Flughafen in Sjewjerodonezk vollständig geräumt hätten. Nach Angaben von Miroschnik rücken die LVR-Truppen von Süden her aktiv auf Lissitschansk vor und befinden sich bereits in der Industriezone.

"Es gibt jetzt eine aktive Operation aus dem Süden in Richtung Lissitschansk. Lissitschansk ist der wichtigste dominante Punkt, der beseitigt werden muss, damit das Dreieck zur Ruhe kommt. Nach neuesten Informationen befinden sich unsere Kämpfer bereits in der Industriezone."

Miroschnik fügte hinzu, dass in diesem Gebiet ukrainische Militärschanzen errichtet worden seien, die fünf- bis siebentausend Kämpfer aufnehmen könnten. Das russische Verteidigungsministerium teilte zuvor mit, dass das gesamte Gebiet des linken Ufers des Sjewjerskij Donez innerhalb der Grenzen der LVR unter die Kontrolle der Einheiten der Republik gelangt sei.

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 26. Juni 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs** durch.

In Mariupol wurden Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an einem Fasoptikel Kabel vorgenommen:

An die Einrichtungen des Gesundheitswesens wandten sich mehr als 2000 Menschen.

Der Straßenbelag auf der Autostraße Kremenewka – Jalta wurde ausgebessert.

Zivilschutzkräfte haben **mehr als 10 Hektar Territorium und 5000 Quadratmeter Gebäude untersucht und 918 explosive Objekte entschärft.**

Mitarbeiter des Zivilschutzministeriums der DVR haben in Mariupol und im Bezirk Krasnyj Liman 1720 humanitäre Pakete ausgegeben.

Die Verwaltungen der Bezirke nehmen weiter Meldungen über vorhandene Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften entgegen.

Das **Innenministerium und die Militärkommandantur** der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministeriums der DVR zu wenden.

16:50 de.rt.com: **Sacharowa bezeichnet Johnsons Äußerung zur Ukraine-Einigung als "ungeheuerlich"**

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, bezeichnete die Aussage des britischen Premierministers Boris Johnson, dass jeder Versuch, den Konflikt in der Ukraine beizulegen, nur zu mehr Instabilität in der Welt führen würde, als "ungeheuerlich".

"Die beste Erklärung dafür, was 'britischer politischer Humor' ist, lautet: düster, unkultiviert und sehr vulgär. Zuerst weigert man sich zu glauben, dass solche ungeheuerlichen Äußerungen prinzipiell möglich sind, aber dann erinnert man sich daran, dass es sich um ein 'liberal-demokratisches Monarchie'-Regime handelt, und alles passt", schrieb Sacharowa am Sonntag in ihrem Telegram-Kanal und kommentierte Johnsons Äußerung, die er während eines Treffens mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron machte.

Zu Beginn des Treffens mit dem französischen Staatsoberhaupt sagte Johnson, dass Versuche, den Konflikt in der Ukraine zum jetzigen Zeitpunkt zu lösen, nur dazu dienen würden, die Instabilität in der Welt aufrechtzuerhalten und die Position Moskaus zu stärken. Johnson und Macron nehmen an einem Treffen der Staats- und Regierungschefs der Gruppe der Sieben (G7) auf Schloss Elmau in Süddeutschland teil. Hauptthema der dreitägigen Gespräche werden voraussichtlich die Lage in der Ukraine und die Folgen der antirussischen Sanktionen sein. Zuvor hatte die Vertreterin der deutschen Regierung, Christiane Hofmann, erklärt, dass der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij am 27. Juni per Videoschaltung am G7-Gipfel teilnehmen werde.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b870c148fbef239646215d.jpg>

17:18 de.rt.com: **Raketenschlag auf Kiew – Donbass fordert mehr als Warnschüsse**

Am frühen Sonntagmorgen hat die russische Raketenartillerie mehrere Schläge auf Kiew ausgeführt. Es ist wohl die lang erwartete Reaktion auf den permanenten Beschuss des Donbass durch das ukrainische Militär. Im Donbass fordern einige mehr als nur "symbolische Warnschüsse".

Die ukrainische Hauptstadt Kiew ist von Russland erstmals seit drei Wochen wieder mit Raketen angegriffen worden. Am frühen Sonntagmorgen gab es in der Millionen-Metropole mehrere Explosionen.

Eine Rakete habe ein neunstöckiges Wohnhaus getroffen, schrieb Anton Geraschtschenko, ein Berater des ukrainischen Innenministers, im Nachrichtendienst Telegram. In dem Wohnhaus wurden nach Angaben von Bürgermeister Vitali Klitschko mindestens vier Menschen verletzt. Es befindet sich in unmittelbarer Nähe zur Rüstungsfabrik "Artjom", die seit Februar bereits zum dritten Mal mit Raketen angegriffen wurde.

Eine weitere Rakete sei auf dem Gelände eines Kindergartens im zentralen Schewtschenko-Stadtbezirk eingeschlagen. Dort hielten sich am Sonntagmorgen naturgemäß keine Kinder auf.

Insgesamt sollen nach ukrainischen Angaben die russischen Truppen in den Morgenstunden 14 Raketen auf Kiew und Umgebung abgefeuert haben. Von russischer Seite liegt dazu bislang noch keine Bestätigung vor.

Eine Vergeltung für den [nahezu täglichen Beschuss von Donezk](#) und anderen Städten in den Volksrepubliken mit mittlerweile Dutzenden getöteten Zivilisten, einschließlich Kindern, wie auch für mehrere Fälle des Beschusses von an die Ukraine angrenzenden russischen Regionen wurde schon seit langem gefordert und versprochen. Das Versprechen, über dessen bis dato folgenlose Wiederholung sich indes vor einigen Tagen der Sprecher des ukrainischen Präsidenten, Alexei Arestowitsch, öffentlich belustigt zeigte, sollte auch den Beschuss militärischer und politischer Entscheidungszentren beinhalten.

Dieser wurde jedoch auch am Sonntag nicht umgesetzt. So [schrieb](#) der ehemalige Rada-Abgeordnete und Vordenker der "prorussischen Separatisten" in der Ukraine, Oleg Zarjow am Sonntag auf seinem Telegram-Kanal enttäuscht:

"Das Verteidigungsministerium, das Büro des Präsidenten und die Werchownaja Rada werden nicht beschossen. Der bisherige Beschuss von Kiew hat eher den Charakter einer Demonstration. Russland demonstriert seine Fähigkeit, jedes Objekt in Kiew zu treffen. Die Behörden in Kiew reagieren darauf, indem sie ihre Fähigkeit zur Nachrichtenfälschung unter Beweis stellen. Wir leben in einer Welt, in der die im Fernsehen gezeigte Illusion manchmal wichtiger ist als die Realität. Das alles funktioniert solange, bis der Kontrast zwischen Realität

und Illusion zu stark wird. Die Realität kann einem einen schmerzhaften Schlag auf den Kopf versetzen, anders als die Illusion."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b85c25b480cc413a7878dc.jpg>

In Kiew ist die Feuerwehr nach einem Raketentreffer am Sonntagmorgen im Einsatz (26. Juni 2022)

17:35 de.rt.com: **Frankreichs Energiekonzerne rufen Franzosen zum Energiesparen auf**

Die drei großen französischen Energiekonzerne TotalEnergies, EDF und Engie rufen die Franzosen aufgrund der durch die EU-Sanktionen reduzierten Gas- und Öllieferungen aus Russland zum Energiesparen auf. Wie die Chefs der drei Energieunternehmen in einer gemeinsamen Stellungnahme erklärten, müsse der Verbrauch von Kraftstoffen, Öl, Strom und Gas wegen der drohenden Knappheit und des Preisanstiegs "sofort" reduziert werden. Andernfalls könnte im nächsten Winter der "soziale Zusammenhalt" gefährdet sein. Frankreich versucht derzeit wie zahlreiche andere Länder der EU vor dem Hintergrund der eingeschränkten russischen Energielieferungen und potenzieller Engpässe seine Gasreserven für den Winter zu füllen.

18:45 (17:45) novorosinform.org: **Streitkräfte der Ukraine beschießen massiv Gorlowka - es gibt Verwundete und Tote**

Mindestens sechs Zivilisten seien in Gorlowka durch ukrainischen Beschuss verletzt worden, sagte der Bürgermeister der Frontstadt, Iwan Prichodko.

Ihm zufolge haben die Streitkräfte der Ukraine am Sonntag, dem 26. Juni, das Wohngebiet Korolenko im Stadtzentrum von Gorlowka wiederholt beschossen, wobei vier Zivilisten verletzt wurden. Zwei weitere Zivilisten wurden im Stadtteil Golmowskij verwundet.

Nach Angaben des Stabs der Territorialverteidigung sind unter den verwundeten Zivilisten eine Frau und ein Kind. Die Opfer würden derzeit medizinisch versorgt.

Nach neuesten Informationen besteht keine Lebensgefahr für das Kind, die Frau starb jedoch im Krankenhaus.

„Leider ist eine Bewohnerin der Siedlung Golmovskij, geboren 1955, die beim heutigen Beschuss durch die BFU verletzt wurde, gestorben. Ich bin sicher, dass die Unmenschen, die dieses Verbrechen begangen haben, gerecht bestraft werden“, erklärte Prichodko .



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/uYbO-iBlNskkGnNwtvQnLQXSmWAOpVy80Jwr_97vZ7eVTdT6qxKAV29h0Ia89M5YnQyg9W58NwlQFZEKcFcCo30bE_7Q9JacaZvjRTMLKiRCZV2bknyvBWd7w_q8lzFF38NhNwJ8SXgq4cVOR5V6ej4qigzgGuGQbNYj8iKuSUy5dEnWh5JBTr-aRNZOV8HBCH-URVjyo_AVkJdq3sgnpNZ3yMgtPx9rg7EHTWhIStn2VKqlQsZlbVqCyIpPLCiTxOUXFZ52g5A6-IXqKTh94j9Md4MGxqwMVU9HAgxKcpJQ-ttjwOGbg-4gbOVpKARi1_BeEn6EI1N4gXUMdvnIQ.jpg

abends:

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:00 am 26.06.22**

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner nach Informationen des GZKK der DVR **mehr als 170 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 155 und 122mm sowie 120mm- und 82mm-Mörsern **abgefeuert**.

Die Gebiete von **10 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge des Beschusses **starb ein Zivilist und 7, darunter ein Kind, geb. 2013, wurden verletzt**. 15 Wohnhäuser und 3 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Am heutigen Tag wurden durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 2 Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“ und ein Panzerfahrzeug. 2 Feuerstellungen des Gegners in den Gebieten von Perwojmajskoje und Kurdrjumowka wurden beseitigt.

Mit Trauer teilen wir mit, dass in letzten 24 Stunden 3 Verteidiger der Donezker Volksrepublik im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht verletzt wurden.

19:00 de.rt.com: **Bohrinsel von Tschernomorneftegaz im Schwarzen Meer von ukrainischen Truppen beschossen**

Eine Bohrinsel von Tschernomorneftegaz im Schwarzen Meer ist erneut unter Beschuss durch ukrainische Truppen geraten, wie ein Sprecher der Notdienste der Krim am Sonntag mitteilte. "Ja, es war ein Beschuss durch ukrainische Truppen. Es wurde niemand verletzt", sagte der Sprecher gegenüber der russischen Nachrichtenagentur TASS.

Über den Beschuss berichtete der Telegram-Kanal [Baza](#). Die Bohrinseln von Tschernomorneftegaz wurden bereits am Montag, dem 20. Juni, von ukrainischen Truppen

beschossen. Auf ihnen befanden sich 109 Menschen. Dabei wurden drei Personen verletzt, sieben gelten als vermisst. Die Suchaktion nach ihnen läuft derzeit weiter.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62b891b3b480cc3a4d6429c0.jpg>

19:30 de.rt.com: **Pro-russische Meinungsäußerung: Saarländischer Rentnerin drohen bis zu drei Jahre Haft**

Weil sie an ihrem Wohnungsfenster Plakate angebracht hatte, auf denen sie dem russischen Präsidenten Wladimir Putin für seine Spezialoperation in der Ukraine dankte, sah sich eine Rentnerin aus dem Saarland plötzlich mit einer Hausdurchsuchung konfrontiert. Die Staatsanwaltschaft Saarbrücken wirft ihr nämlich die "Belohnung und Billigung von Straftaten" nach §140 des Strafgesetzbuchs vor.

Wer in Deutschland eine vom gängigen Narrativ abweichende Meinung vertritt und diese auch noch öffentlich kundtut, muss zunehmend öfter mit Strafverfolgungsmaßnahmen durch die deutschen Behörden rechnen. Denn unter dem Vorwand der von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) als "Phänomenbereich" bezeichneten "[Verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates](#)" sammelt der deutsche Inlandsgeheimdienst seit geraumer Zeit schon Daten von Menschen, deren Ansichten über gesellschaftspolitische Fragen von denen der Bundesregierung abweichen.

Dass dies "im besten Deutschland aller Zeiten" mittlerweile sogar zu ernsthaften juristischen Konsequenzen führen kann, belegt der aktuelle Fall der 64-jährigen Heidemarie S. aus dem Saarland. Weil sie eine andere Sichtweise auf den Krieg in der Ukraine hat, wird ihr von der Staatsanwaltschaft Saarbrücken die "Belohnung und Billigung von Straftaten" nach [§140 des Strafgesetzbuchs](#) vorgeworfen. Sollte es zu einer Anklageerhebung kommen, drohen der Rentnerin somit bis zu drei Jahre Haft.

Doch was war geschehen? Nach Informationen der russischen Zeitung „Komsomolkaja Prawda“ sowie von „Correctiv“, hatte die Frau an den Fenstern ihres Hauses mehrere handgeschriebene Plakate angebracht, auf denen sie unter anderem ihre Unterstützung für die russische Spezialoperation in der Ukraine zum Ausdruck brachte. "Dank an Putin, dass du das durch die Kabale kontrollierte Naziregime auf Kiew entfernst und die Ukraine wieder frei wird", erklärte die Rentnerin auf den Plakaten.

Doch für die saarländischen Behörden war das offenbar zu viel. Denn auf die kreative

Protestaktion folgte ein Durchsuchungsbefehl für die Wohnung der 64-Jährigen, wie die Staatsanwaltschaft Saarbrücken auf Anfrage von „Correctiv“ bestätigte. Dieser sei demnach am 15. Juni vollstreckt worden. In dem auf den 2. Mai datierten Durchsuchungsbefehl der Staatsanwaltschaft wird Heidemarie S. vorgeworfen, handgeschriebene Plakate an einem Wohnungsfenster angebracht zu haben, "mittels derer sie den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine billigte". In ihrem Bericht veröffentlichte die „Komsomolkaja Prawda“ sowohl [Fotos](#) des Durchsuchungsbefehls als auch der Plakate.

Neben den pro-russischen Verlautbarungen äußerte die Saarländerin auf ihren Plakaten unter anderem zudem auch Zweifel an der Legitimität der letzten US-Präsidentschaftswahl. Diese sei Donald Trump "eindeutig gestohlen" worden, heißt es auf einem der Plakate. Konkrete Folgen für die Rentnerin habe allerdings lediglich die Tatsache gehabt, dass auf dem Plakat dem russischen Präsidenten Wladimir Putin gedankt wird, dass er das "Naziregime" in der Ukraine stürze, erklärte die Staatsanwaltschaft Saarbrücken gegenüber „Correctiv“:

"Die Staatsanwaltschaft Saarbrücken bestätigt, dass gegen eine Frau aus der saarländischen Gemeinde Quierschied ermittelt wird, weil in ihrem Fenster ein Plakat hing, auf dem der Krieg Russlands gegen die Ukraine gebilligt wird. Anklage wurde bisher nicht erhoben. Da deutsche Ermittlungsbehörden den Angriffskrieg als Straftat einstufen, kann es strafbar sein, diesen öffentlich zu befürworten."

Anklage wurde bisher jedoch noch keine erhoben, da die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen seien, so die Staatsanwaltschaft.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62b84227b480cc51230d4b24.jpg>